

b) Brief des Freiburger Rundbriefkreises an Dr. Adenauer

Freiburg i. Br., den 29. November 1952

An den

Herrn Bundeskanzler
Dr. Konrad Adenauer

Bonn / Rhein
Koblenzerstr. 141

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

Der weitgespannte deutsche Freundeskreis des Freiburger Rundbriefs ist Ihnen für die Erklärung dankbar, die Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, zu dem Einspruch der arabischen Liga gegen die Ratifizierung des Wiedergutmachungsvertrages mit Israel abgegeben haben, und dafür, daß Sie und die Bundesregierung die endgültige Durchführung dieses bedeutsamen Werkes zu sichern bestrebt sind. Wir erwarten zuversichtlich, daß nun die Ratifizierung durch den Bundestag bald vorgenommen werden kann.

Mit verehrungsvoller Begrüßung

Die Herausgeber des Freiburger Rundbriefs:

gez. Dr. Gertrud Luckner
Dr. Rupert Gießler
Msgr. Kuno Joerger
Karlheinz Schmidhüs
Prof. Dr. Karl Thieme

gez. Prof. Dr. Rupert Angermair, Kathol. Theol. Hochschule, Freising
Ministerialrat Prof. Dr. Josef Antz, Bonn
Prof. Dr. theol. Franz Xaver Arnold, Universität Tübingen
Prof. Dr. phil. Clemens Bauer, Universität Freiburg/Br.
Mathilde Beckers, Bundesführerin der Deutschen Katholischen Frauenjugend, Altenberg
Pfarrer Dr. Alfons Beil, Stadtdekan, Heidelberg
Msgr. Rektor Bockel, Leiter des Erzbischöflichen Missionsinstituts für die Erzdiözese Freiburg/Br.
Dr. Karl Borgmann, Schriftleiter der „Caritas“, Freiburg/Br.
Prof. Dr. med. Franz Büchner, Universität Freiburg
Walter Dirks, Frankfurt M.
Prälat Alois Eckert, Präsident des Deutschen Caritasverbandes
Prof. Dr. theol. Richard Egenter, Universität München

P. Paulus Engelhardt, O.P. Freiburg/Br.
Prof. Dr. Heinz Fieckenstein, Rektor der Kathol. Theol. Hochschule, Regensburg
Stadtdchant Pfarrer Dr. Grosche, St. Gereon, Köln
Prof. Dr. theol. Hauser, Universität Heidelberg
P. Prof. Dr. H. Hirschmann S.J., Kathol. Theol. Hochschule St. Georgen
Prof. Dr. Josef Höfer, Direktor des Collegium Leoninum Paderborn
Prof. P. Theo Hoffmann, S.J., Berlin
Prof. Dr. theol. Fritz Hofmann, Universität Würzburg
Prof. Dr. Eugen Kogon, Darmstadt Frankfurt a. M.
Ferdinand Kolbe, Direktor der Bischöflichen Anstalt Haus Hall, Gescher i. W.
Prof. Dr. theol. Nikolaus Monzel, Universität Bonn
Prof. Dr. theol. Wilhelm Neuß, Universität Bonn
Prof. Dr. Ernst Rösser, Herausgeber des Kleruskalenders Würzburg
Dr. phil. Angela Rozumek, Freiburg/Br.
Prälat Dr. Rüde, Stadtdekan Karlsruhe
Prof. Dr. Solzbacher, Direktor der Bischöflichen Arbeitsstelle für Schule und Erziehung, Köln
Msgr. Dr. Hermann Jos. Schmitt, Kettelerhaus Köln
D Dr. B. Stasiewski, Leiter des Kathol. Bildungswerkes, Berlin
Dr. Hugo Stenzel, Verleger, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. theol. F. Stummer, Universität München
Prälat Prof. D Dr. Johannes Vincke, Universität Freiburg/Br.
Pfarrer Eugen Walter, Freiburg/Br.

Dem Schreiben des Freiburger Rundbriefkreises vom 29. November 1952 an den Herrn Bundeskanzler schließen sich die folgenden Unterzeichneten an:

gez. Pastor Lothar Ahne, Beienrode/Harz
Dr. Marie Baum, Oberreg. Rätin a. D., Heidelberg
Prof. Dr. Lic. Helmut Gollwitzer, Universität Bonn
Ingenieur Happe, Hannover
Kreisdekan Prof. Pfarrer D. Hof, Freiburg/Br.
Dr. Barbara Just-Dahmann, Staatsanwältin, Freiburg
Richard Knobel, Leiter der Bezirksstelle Baden
Deutscher Gewerkschaftsbund, Freiburg/Br.
Dr. Ed. Lais, Wirtschaftsminister a. D., Freiburg/Br.
Pfarrer Benjamin G. Locher, Wuppertal-Elberfeld
Kreisdekan Dr. Hermann Maas, Heidelberg
Prof. Dr. phil. F. Oehlkers, Universität Freiburg/Br.
Dr. Wilhelm Utermann, Dortmund
Graf York von Wartenburg, Baden-Baden.

c) Appell der Aktion „Friede mit Israel“

Die Aktion „Friede mit Israel“ hat am 10. November an den Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Ehlers, und an den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundesrates, Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, das nachstehende Fernschreiben gerichtet:

„Im Namen der nach hunderttausenden zählenden Anhänger unserer Bewegung, gestützt auf die uns zugegangenen Willenskundgebungen deutscher Studenten und breiter Schichten der Arbeiterjugend, richtet die Aktion „Friede mit Israel“ die beschwörende Bitte an den Bundeskanzler Dr. Adenauer, an die Bundesregierung, an den Bundestag und an den Bundesrat, mit der Ratifizierung des deutsch-israelisch-jüdischen Wiedergutmachungsvertrages nicht länger zu säumen.

Dieses Wiedergutmachungswerk ist nach seiner Unterzeichnung in der Weltöffentlichkeit als die bisher positivste politisch-ethische Entscheidung der jungen Bundesrepublik anerkannt worden. Würden

wir von diesem freiwilligen Entschluß zurücktreten, so würde das kaum gewonnene Vertrauen der Welt zu uns erneut in Frage gestellt.

Bei ernstem Studium des Vertrages werden auch die arabischen Völker feststellen können, daß der deutsch-israelisch-jüdische Wiedergutmachungsvertrag aus lauterer Motiven hervorgegangen ist. Er ist ein Beispiel dafür, wie die Folgen furchtbarer Geschehnisse der Vergangenheit durch gute Taten gemildert werden können. Sind die arabischen Gefühle für Deutschland echt und wird diese Sympathie von wirklichem Verständnis für die moralischen und materiellen Verpflichtungen Deutschlands begleitet, dann müßte auch der Wiedergutmachungsvertrag zwischen Bonn, Tel-Aviv und den jüdischen Welt-Organisationen das Verständnis der Araber finden.

Aus dem klaren Wortlaut des Vertrages ergibt sich, daß die vorgesehenen Warenlieferungen Deutschlands eine notwendige und in vollem Umfang ge-

rechtfertigte Gegenleistung für den Schaden darstellen, der Hunderttausenden von israelischen Staatsbürgern und in andere Teile der Welt geflüchteten jüdischen Mitmenschen durch das nationalsozialistische Regime zugefügt worden ist. Der Staat Israel hat für durch Hitler aus den besetzten Ländern Europas vertriebene israelische Neubürger unabsehbare menschliche und soziale Hilfe leisten müssen, eine Hilfe, für die einzutreten eine historische, politische und sittliche Verpflichtung des sich moralisch wiedererhebenden deutschen Volkes ist.

Die deutsche Bundesrepublik hat durch ihre seitens der Bundesregierung und der Bundestagsfraktionen am 27. September 1951 bekundete Wiedergutmachungsbereitschaft moralischen Kredit gewonnen.

Dieser moralische Kredit ist die Grundlage für die gute Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der gesamten freien Welt, er darf dem Gesichtspunkt arabisch-israelischer Spannungen nicht geopfert werden. Ohne Frieden mit Israel kann Deutschland selber keinen Frieden finden. Wir dürfen mit der Verwirklichung dieses Friedens nicht mehr zögern. Das Wiedergutmachungsabkommen soll nicht zuletzt auch namenlose Not unter den Überlebenden der großen Judenverfolgungen lindern helfen. Jede Verzögerung der Abwicklung des Wiedergutmachungsvertrages würde angesichts der Not der Überlebenden neue Schuld schaffen und die Leiden Unschuldiger verlängern.

Aktion „FRIEDE MIT ISRAEL“

d) Brief des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit

Frankfurt, am 16. November 1952

An den
Herrn Bundeskanzler
Dr. Konrad Adenauer
Bonn
Haus des Bundeskanzlers

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

Der Deutsche Koordinierungsrat begrüßt die Erklärung, die Sie, hochverehrter Herr Bundeskanzler, zu dem Einspruch der arabischen Liga gegen die Ratifizierung des Wiedergutmachungsvertrages mit Israel abgegeben haben, und stellt sich geschlossen hinter die von der Bundesregierung erfolgte Politik des Wiedergutmachungswillens und der Vertragstreue. Da der Wiedergutmachungsvertrag mit Israel ein Werk des Friedens ist, da die im Vertrag vorgesehenen deutschen Leistungen nach den Bestimmungen des Vertrages nur friedlichen Zwecken dienen dürfen, und da ferner sowohl die Bundesregierung als auch die Regierung des Staates Israel bereit sind, mit arabischen Staaten über Kontrollen zu verhandeln, die gewährleisten sollen, daß das Friedenswerk der Wiedergutmachung nicht kriegerischen Zwecken dienstbar gemacht wird, ist nach der Auffassung des Deutschen Koordinierungsrates alles geschehen, was die arabischen Staaten billigerweise von uns verlangen können.

Sollten die arabischen Staaten trotzdem darauf bestehen, daß der Wiedergutmachungsvertrag nicht ratifiziert oder nicht erfüllt wird, so kann dem nur die Absicht zugrunde liegen, die Bundesrepublik in den Dienst einer Politik zu stellen, die das Recht des Staates Israel, innerhalb seiner heutigen Grenzen in Palästina zu existieren, verneint und die darauf abzielt, diesem Staat die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten abzuschneiden. Die Bundesrepublik soll daran verhindert werden, von dem Staat Israel die schweren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Schäden abzuwenden, die diesem Staat dadurch entstanden sind, daß er binnen weniger Jahre eine halbe Million von Flüchtlingen aufgenommen hat, die von Hitler aus ihrer Heimat ver-

trieben worden sind, oder denen Hitler den Aufenthalt in ihrer bisherigen Heimat unerträglich gemacht hat. Im Dienste des arabischen Interesses an einer wirtschaftlichen und politischen Erdrosselung des Staates Israel soll die Bundesrepublik auf eine Wiedergutmachung an Israel überhaupt verzichten und das von ihrer Regierung gegebene Wort brechen. Der Deutsche Koordinierungsrat ist der Meinung, daß wir Deutsche diese Forderung nach göttlichem und menschlichem Recht ablehnen müssen. Wir würden uns in neue schwere Schuld verstricken und unser Gesicht verlieren, wenn wir anders handelten. Wenn die Ablehnung dieses unbilligen Anspruchs zur Folge haben sollte, daß arabische Staaten die wirtschaftlichen oder gar die diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik abbrechen und den Boykott deutscher Waren anordnen, so würde das gleichbedeutend sein mit der Eröffnung eines kalten Krieges mit dem Ziel, uns gegen unser Gewissen und die Gebote der Rechtlichkeit zu einer für uns verderblichen, unser nicht würdigen Handlung zu zwingen. Der Deutsche Koordinierungsrat protestiert in aller Feierlichkeit gegen die Stimmen derjenigen, die behaupten, daß die Schwere der angedrohten Nachteile für uns keine andere Wahl übrig lasse, als die Unterwerfung. Eine solche Behauptung ist für unser aufrechtes Staatsgefühl demütigend und sie ist außerdem nicht redlich.

Der Deutsche Koordinierungsrat würde jede Abweichung von der Haltung, die von der Bundesregierung bisher eingenommen worden ist, für ein schweres nationales Unglück halten. Er bittet Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, alles zu unternehmen, was von Seiten der Bundesregierung veranlaßt werden kann, um die Ratifizierung der Luxemburger Verträge zu beschleunigen.
Mit dem Ausdruck

unserer vorzüglichen Hochachtung

Der Vorstand:
gez. Max C. Cahn
gez. Dr. A. Freudenberg
gez. Dr. J. M. Nielsen.